

Projektbericht

1. Einführung

Aufgrund ihrer engen Verbindungen zu afrikanischen Communities ist die Afrikanische Frauenorganisation (AFO) in der Lage, erste Anzeichen von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften wahrzunehmen. Nach den Beobachtungen der AFO besteht ein deutlicher Mangel an umfassender Aufklärung und offener Diskussion über diese sensiblen Themen. Viele Risikofaktoren, die zu Radikalisierung und sozialer Isolation führen, bleiben unberücksichtigt. Ohne ausführlichen Dialog können sich extremistische Tendenzen entwickeln und den sozialen Zusammenhalt gefährden. Wenn diese Themen im öffentlichen Diskurs ignoriert werden, steigt das Risiko der Radikalisierung und der Isolation der Gemeinschaft.

Um dem entgegenzuwirken, müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um das Bewusstsein für Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften zu schärfen. Auf die Gemeinschaft ausgerichtete Veranstaltungen sind deshalb für die Förderung des Verständnisses, das Aufzeigen von Risiken und die Förderung der Inklusion von wesentlicher Bedeutung. Solche Veranstaltungen tragen dazu bei, Diskussionen über die Gefahren des Extremismus aufzugreifen und den gegenseitigen Respekt und den Dialog zwischen verschiedenen Gruppen zu fördern.

Durch die strukturierte Einbindung der Gemeinden gelang es dem Projekt, diese Themen in den Zielgruppen zu verankern und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Interessengruppen, einschließlich der religiösen und kommunalen Führer:innen, zu fördern.

Projektablauf:

- Auftaktveranstaltung in Wien am 6.7.2024 mit den Community Koordinator:innen, religiösen Führern, Expert:innen und Projektmitarbeiter:innen der Afrikanischen Frauenorganisation.
 - Vorstellung des Projekts
 - Planung der Veranstaltungen

- Besprechung des Fragebogens zur Erhebung von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften

Durchführung von 7 Seminaren, davon 5 in Wien, je eines in Graz und in Linz für

Multiplikator:innen der Communities mit folgenden Schwerpunkten:

- Vorträge von Expert:innen zu den Themen: Religion, Psychologie, soziologische Aspekte, Recht, Frieden und Versöhnung
- Die Themen wurden je nach Bedarf auf die Communities abgestimmt
- Diskussion mit den Expert:innen, Beratung; Verteilung von Unterlagen
- Fragebogen zur Erhebung von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften:

Die Fragebögen wurden vorweg an alle Community-Koordinator:innen online verschickt, die diese an ihre jeweilige Community weitergeleitet haben. Die Mitglieder der Communities konnten sie bereits online ausfüllen, was zum Teil geschah. Auch während des Seminars wurden Fragebögen ausgefüllt. Die Community-Koordinator:innen haben den Ablauf organisiert.

Insgesamt wurden 139 verwertbare Fragbögen ausgefüllt.

Komitees:

- Zusammenkünfte mit Community-Koordinator:innen um die Bildung von Komitees der jeweiligen Migrant:innen, Politiker:innen und Zivilgesellschaft und um die Planung und Durchführung weiterer Vorgehensweisen zu besprechen.

Schlußveranstaltung:

Vorstellung der Projektergebnisse, Empfehlungen und Diskussion über das Projekt mit Migrant:innen NGOs, Community-Leiter:innen, Expert:innen und der Zivilgesellschaft.

2. Theoretischer Hintergrund zum Projekt

Die Untersuchung von Radikalisierung, gewalttätigem Extremismus und Parallelgesellschaften ist notwendig, um zu verstehen, wie diese Themen das soziale Gefüge und die politische Landschaft in modernen Gesellschaften beeinflussen können. Diese Konzepte sind miteinander verwoben, da sie oft parallel existieren und sich gegenseitig verstärken können. Um das Thema

in seiner ganzen Tiefe zu erfassen, ist es wichtig, sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben zu betrachten.

Extremismus

Extremismus bezieht sich auf Ideologien, Haltungen oder Bewegungen, die von den allgemeinen Werten und Normen einer Gesellschaft abweichen und oft zu einer radikalen Ablehnung demokratischer Grundsätze oder humanitärer Werte führen. Extremistische Gruppen können aus verschiedenen politischen, religiösen oder sozialen Kontexten hervorgehen. Im Allgemeinen werden zwei Hauptformen des Extremismus beobachtet:

- **Politischer Extremismus:** Dieser kann sowohl von der Linken als auch von der Rechten kommen. Rechtsextreme Bewegungen fordern oft eine Rückkehr zu traditionellen Werten und lehnen die moderne, pluralistische Gesellschaft ab. Linksextremisten hingegen kritisieren häufig die kapitalistische Gesellschaftsordnung und treten für einen grundlegenden Wandel oder eine Revolution ein. Beide Gruppen sind zuweilen bereit, Gewalt oder radikale Mittel einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen.
- **Religiöser Extremismus:** Dieser geht von einer wahren oder alleinigen Auslegung einer Religion aus und neigt dazu, die Vielfalt der religiösen Überzeugungen zu verurteilen. Religiöse Extremisten sind bereit, andere Menschen, die nicht ihrer religiösen Ideologie anhängen, zu bekämpfen, was in extremen Fällen zu Terrorismus oder anderen Formen der Gewalt führen kann.

Radikalisierung

Er bezeichnet den Prozess, bei dem Einzelpersonen oder Gruppen zunehmend extreme, oft gewalttätige Ideologien annehmen, die den Grundwerten einer offenen und pluralistischen Gesellschaft widersprechen. Dieser Prozess führt häufig dazu, dass Menschen ihre Überzeugungen und Handlungen auf radikale Weise ändern, oft in der Absicht, bestehende soziale Normen, politische Strukturen oder religiöse Grundsätze zu bekämpfen oder zu zerstören. Radikalisierung kann sich in verschiedenen Formen äußern, von der Übernahme extremer politischer Ideologien (z. B. rechts- oder linksextreme Bewegungen) bis zur Hinwendung zu extremistischen religiösen Überzeugungen, die Gewalt rechtfertigen. Oft

handelt es sich um einen allmählichen Prozess, der durch verschiedene soziale, politische und persönliche Faktoren wie Isolation, Diskriminierung, das Bedürfnis nach Zugehörigkeit oder die Erfahrung von Ungerechtigkeit beeinflusst wird. Im Falle von Migrantengemeinschaften findet die Radikalisierung meist in der Übergangsphase statt.

Ein wesentliches Merkmal der Radikalisierung ist die zunehmende Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Entfremdung von moderaten oder gemäßigten Meinungen, die in einigen Fällen sogar zu Gewalttaten oder terroristischen Aktivitäten führen kann.

Parallelgesellschaften

Parallelgesellschaften entstehen, wenn bestimmte Gruppen innerhalb einer Gesellschaft in zunehmender Isolation leben und ihre eigenen sozialen, kulturellen und religiösen Normen und Institutionen entwickeln, die im Widerspruch zu den Werten der Mehrheitsgesellschaft stehen. Diese Gruppen verfügen häufig über eigene soziale Netze, Wirtschaftsstrukturen und manchmal auch Bildungseinrichtungen, die von der Mehrheitsgesellschaft abgeschnitten sind.

Die Gründe für das Entstehen von Parallelgesellschaften sind vielfältig und reichen von sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung bis hin zu kulturellen und politischen Faktoren. Oft sind es Minderheitengruppen, die aufgrund von Migration, Armut oder Diskriminierung zu einer Form der Segregation gezwungen sind. Diese Gruppen fühlen sich oft von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen, was das Gefühl der Entfremdung und Entfremdung verstärken kann.

Parallelgesellschaften können zu einem erheblichen Problem werden, wenn sie beginnen, alternative Werte zu verbreiten, die im Widerspruch zu den Grundprinzipien der Gesellschaft stehen. Im Extremfall können solche Gesellschaften zum Nährboden für extremistische Ideologien werden. Ohne ausreichende Möglichkeiten zur Integration können Parallelgesellschaften entstehen, die sowohl das soziale Gefüge als auch die politische Stabilität einer Gesellschaft in Frage stellen.

Wechselwirkungen zwischen Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften

Extremismus und Parallelgesellschaften sind eng miteinander verbunden, da sich ausgegrenzte Personen häufig radikalen Ideologien zuwenden, um ein Gefühl der Zugehörigkeit zu erlangen. Parallelgesellschaften können den Extremismus fördern, indem sie denjenigen, die sich

machtlos fühlen, einfache Lösungen und Feindbilder anbieten. Dies wiederum vertieft die Isolation, da extremistische Überzeugungen Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber der breiteren Gesellschaft fördern.

Bei ausreichender Radikalisierung und ohne wirksames politisches Eingreifen würde die radikalierte Gruppe unweigerlich in offener Gewalt, einschließlich terroristischer Akte, explodieren.

Kurz gesagt, wenn sich Gruppen zurückziehen und Identitäten bilden, die im Gegensatz zu den Mainstream-Werten stehen, wird die Integration schwieriger. Die Gesellschaften müssen diese Spaltungen sorgfältig steuern, um eine weitere Radikalisierung zu verhindern und gleichzeitig die Marginalisierung zu bekämpfen, ohne extremistische Perspektiven zu stärken.

3. Forschungsmethodik zum Fragebogen

Bei dieser Untersuchung wurde ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt, bei dem Konzepte und Analyseinstrumente aus verschiedenen Bereichen, darunter Psychologie, Soziologie, Religion, Recht und Kriminologie, miteinander kombiniert wurden. Durch die Integration dieser Perspektiven versuchten wir, ein umfassendes Verständnis der vorliegenden Problematik zu erlangen. Unser Hauptaugenmerk lag auf der Untersuchung der Faktoren, die die Entwicklung von Parallelgesellschaften vorantreiben, des Prozesses der individuellen Radikalisierung und der Frage, wie sich diese Elemente schließlich in gewalttätigem Extremismus manifestieren. Diese Phänomene werden nicht isoliert betrachtet, sondern miteinander verbunden, in der jede Variable die anderen auf nichtlineare Weise beeinflusst.

Wir haben ein Datenerhebungsinstrument mit gemischten Methoden entwickelt, das einen quantitativen und einen qualitativen Ansatz kombiniert. Um repräsentative Daten zu erhalten, befragten wir die teilnehmenden afrikanischen/arabischen Communities (fünf Seminare in Wien, eines in Graz und das eines in Linz). Die umfassende Umfrage enthielt 5 Abschnitte: allgemeine Informationen, Extremismus, Radikalisierung, Parallelgesellschaft und zusätzliche Informationen.

Anschließend wurden Fragebögen in den Seminaren verteilt. Die Rücklaufquote war sehr hoch (99,99 %). In den sieben Seminaren zwischen September und Dezember 2024 wurden Multiplikator:innen in den Gemeinden geschult, um Informationen über Radikalisierung,

Parallelgesellschaften und Extremismus zu vermitteln und um herauszufinden, ob es präventive Lösungen gibt. Die interaktiven Sitzungen können auch dazu dienen, Brücken zwischen verschiedenen Gemeinschaften zu bauen. Die Diskussionsforen boten nicht nur Schulungen zur Bewusstseinsbildung, sondern auch aufschlussreiche Perspektiven, die unser Verständnis für die Problematik stärkten und uns später bei der Datenauswertung halfen.

Da die Zusammenfassung der Umfrage in Form eines Diagramms dargestellt wird, um sie benutzerfreundlich zu machen, haben wir einige der ausgewählten Kreisdiagrammgebnisse in unserem Abschnitt über die Datenanalyse zu Illustrationszwecken wiedergegeben. Wenn es mehr als eine Möglichkeit gibt, die Daten zu interpretieren, oder wenn wir auf widersprüchliche Ergebnisse stoßen, geben wir mögliche Erklärungen an, ohne eine endgültige Schlussfolgerung zu ziehen. Schließlich würden die zusätzlichen Informationen, die im allgemeinen Teil der Umfrage zur Verfügung gestellt wurden, zusammen mit den qualitativen Erkenntnissen, die in den sieben Seminaren gewonnen wurden, dazu beitragen, unsere Empfehlungen weiter zu verfeinern.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der folgende Abschnitt mit der Analyse der Daten und ihren politischen Implikationen.

4. Analyse der Umfrageergebnisse

Allgemeine Informationen

Die Antworten sind repräsentativ. Die Befragten stammen aus verschiedenen afrikanischen Ländern (ihrem Herkunftsland) und repräsentieren unterschiedliche Regionen, Religionen, Sprachen und kulturelle Hintergründe. Was das Geschlecht betrifft, so sind 66,4 % der Befragten männlich und 33,6 % weiblich. Der männliche Überhang resultiert daraus, dass viele männliche Communitymitglieder den Fragebogen online ausfüllten. Bei der Alterszusammensetzung finden wir die größte Vielfalt. Während 24,6 % der Befragten zwischen 45 und 54 Jahre alt sind, liegt die nächste Altersgruppe (über 55 und älter) mit 23,9

% fast gleichauf. Das Gleiche gilt für die untersten Altersgruppen; die 16- bis 25-Jährigen machen 18,8 % aus, und die nächste Altersgruppe (35-45) liegt mit 17,4 % fast gleichauf.

Da 45,7 % der Befragten über einen Hochschulabschluss verfügen und nicht weniger als 42 % einen Highschool-Abschluss haben, scheinen die Daten kontraintuitiv zu sein, wenn man bedenkt, dass die große Mehrheit der Befragten Einwanderer sind. Sie bedürfen daher einer weiteren Erklärung. Es gibt drei mögliche Interpretationen: dass die Befragten vor ihrer Migration nach Österreich gut ausgebildet waren (Teil des Brain Drain), dass die Zuwanderer sich weiterbilden mussten, um einen Arbeitsplatz zu bekommen (Brain Gain), und dass diejenigen, die in der Gesellschaft aktiver sind, gebildet sind.

Unabhängig davon, welcher Interpretation oder Argumentation man sich anschließt, bleibt die Tatsache bestehen, dass es einen - wenn auch indirekten - Zusammenhang zwischen Bildung und einem Maß an Toleranz gegenüber anderen gibt, was wiederum einen Puffer gegen Radikalisierung darstellt. Dies wiederum gibt uns einige Hintergrundinformationen, um die Antworten auf politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus, Bildung von Parallelgesellschaften und Gewalt zu verstehen. Im Folgenden werden diese Daten, die sich auf die politischen Interventionen beziehen, analysiert.

Fragebogen - Inhalte zum Thema Extremismus

Um möglichst detaillierte Informationen zu erhalten, wurden neun zusammenhängende Fragen zum Thema Extremismus gestellt, u. a. inwieweit die Befragten über Extremismus besorgt sind, ob sie an die Gleichheit aller Werte und Religionen glauben, ob sie alle Formen von Gewalt, einschließlich der im Namen der Religion ausgeübten, verurteilen oder gutheißen, und welche Maßnahmen zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus ergriffen werden sollen.

Insgesamt sind die Befragten besorgt über die Ausbreitung des gewalttätigen Extremismus: 25,4 % sind äußerst besorgt, 30,4 % sind sehr besorgt und 23. % sind etwas besorgt. Ein nicht zu vernachlässigender Anteil von 21 % der Befragten gab jedoch an, „überhaupt nicht besorgt“ zu sein. Die Angabe „überhaupt nicht besorgt“ kann auf drei Arten interpretiert werden: (1) die Befragten sind möglicherweise nicht der Meinung oder nehmen nicht wahr, dass Extremismus in Österreich ein Problem ist, (2) sie haben nicht das Gefühl, dass gewalttätiger Extremismus

eine große Herausforderung für die Gesellschaft darstellen kann, und (3) sie sind ihm gegenüber gleichgültig.

Um die Problematik besser zu verstehen, müssen wir vielleicht die qualitativen Daten ergänzen, die wir während der interaktiven Gruppendiskussionen gesammelt haben. Diejenigen, die sich aktiv an unseren Diskussionen beteiligten, stimmten fast ausnahmslos darin überein, dass es einen wachsenden Trend zur Gewalt gibt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die meisten Streitpunkte drehten sich um die Frage, was Menschen zu extremen Ansichten und/oder Gewalt veranlasst, und um die Definition von Terrorismus.

Auf die Frage nach ihren Erfahrungen mit extremistischen Online-Inhalten (vor allem in den sozialen Medien) gaben die meisten an, dass sie entweder manchmal oder oft persönlich damit in Berührung gekommen seien. Nur 13,1 % gaben an, dass sie noch nie damit in Berührung gekommen sind. Vielleicht ist hier ein Teil der Erklärung für das oben beschriebene Phänomen zu finden. Da die Menschen ein weit entferntes und diffuses Thema in der Regel nicht als Problem betrachten, sind sie vielleicht gar nicht betroffen, solange sie selbst oder eine ihnen nahestehende Person nicht betroffen sind.

Auf die Frage, ob alle Formen von Gewalt verboten werden sollten, antwortete die große Mehrheit der Befragten (86,8 %) mit „Ja“. Dennoch sind 13,2 % der Befragten der Meinung, dass Gewalt nicht verboten oder unter bestimmten Umständen gerechtfertigt sein sollte. Bei der konkreteren Frage, ob sie glauben, dass Gewalt zur Verteidigung der eigenen Religion gerechtfertigt sein sollte, stieg die Zahl der Befragten leicht von 13,2 % auf 18,8 %. Wir werden diese Frage mit dem zweiten Abschnitt über die Sympathie für die Muslimbruderschaft und die damit verbundenen Folgen vergleichen.

Die Antworten zu den Maßnahmen, die zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus ergriffen werden sollten, sind gleichmäßig verteilt, wobei keine der Strategien eine Überlegenheit aufweist. Während 30,9 % der Befragten das Engagement von Jugendlichen in sozialen Aktivitäten bzw. die Bewusstseinsbildung nannten, sprachen sich 23,5 % für religiöse Toleranz aus, und die restlichen 14,7 % entschieden sich für eine strikte Durchsetzung der Gesetze. Es mag überraschen, dass die Durchsetzung der Gesetze in der gesamten Umfrage einen niedrigen Stellenwert einnimmt (wie wir weiter unten sehen werden). Dies wiederum stellt die bestehenden Paradigmen der Terrorismusbekämpfung in Frage und hat erhebliche Auswirkungen auf die Strafrechtspolitik.

Fragebogen - Inhalte zum Thema Radikalisierung

Auch in diesem Abschnitt wurden den Befragten eine Reihe von Fragen zum Prozess der Radikalisierung gestellt. Unter anderem geht es um die wichtigsten Triebkräfte der Radikalisierung, z.B. die Frage, ob Mädchen in Österreich zum Tragen des Schleiers verpflichtet werden sollten, oder die Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz, sowie die Frage, ob Sympathie für die Muslimbruderschaft moralisch vertretbar ist oder nicht, und Initiativen der Gemeinschaft zur Verringerung der Radikalisierung. Abgesehen von den Antworten, die Unterstützung oder Sympathie für die Muslimbruderschaft zeigen, was paradox erscheint, stimmen die Reaktionen größtenteils mit dem vorherigen Abschnitt überein.

Auf die Frage nach sechs möglichen Faktoren für die Radikalisierung nannten die Befragten an erster Stelle die familiäre Erziehung (30,4 %), gefolgt von der Exposition gegenüber und/oder der Interaktion mit extremistischer Propaganda, vor allem über soziale Medien (26,8 %), und der Zugehörigkeit zu Gruppen, die einer extremistischen Ideologie anhängen (17,4 %). Ein etwas überraschender Befund ist die Rolle des Religionsunterrichts, den nur 8 % der Befragten als Hauptfaktor für die Radikalisierung ansehen. Der Beitrag des Bildungssystems liegt dazwischen (11,6 %). In unseren Gruppendiskussionen äußerten die Teilnehmenden jedoch Bedenken hinsichtlich der mangelnden Inklusivität des Lehrplans und der kulturellen Unsensibilität

Die überwiegende Mehrheit der Befragten befürwortet Maßnahmen, die Mädchen und Jungen in der Schule gleiche Chancen bieten, sowie Gesetze, die Männer und Frauen gleich behandeln (94,2 % bzw. 93,4 %). Dies ist zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, dass die meisten Befragten gut ausgebildet sind, wie im vorigen Abschnitt erörtert, und vielleicht auch auf die liberalen Werte Österreichs, zu denen die meisten Teilnehmer stehen. Hervorzuheben ist, dass 67,1 % der Befragten entweder österreichische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in Österreich haben (siehe Abschnitt drei über Parallelgesellschaften). Dies wirkt sich direkt auf die Einstellung der Gemeinschaften zu Toleranz und Respekt für liberale Werte aus, weil sie seit langem in diesem System sozialisiert wurden.

Was in Bezug auf die Daten zur Radikalisierung rätselhaft ist, ist die Antwort auf die Frage nach der Sympathie für die Muslimbruderschaft. Ganze 43,1 % antworteten mit „Ja“ auf die Frage: Ist es zulässig, eine positive Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft einzunehmen? Dies bedarf einer näheren Erläuterung.

Hierfür gibt es vier mögliche Erklärungen, wobei wir den Raum für zusätzliche Erklärungen oder gegenteilige Interpretationen offen lassen. Erstens könnten die Befragten die Frage generisch verstanden haben. Das bedeutet, dass die „Muslimbruderschaft“ im Allgemeinen die Solidarität unter den Muslimen weltweit symbolisiert, da sich die Muslime aus religiöser Sicht als Brüder betrachten. Ein Teil der Antworten könnte also durch dieses Hintergrundverständnis hervorgerufen worden sein. In den Gruppendiskussionen sprachen die Teilnehmenden dieses Themas außerdem sowohl direkt als auch indirekt an.

Zweitens könnten sie sich des sozialen Beitrags der Muslimbruderschaft bewusst sein, ohne dass dieser politisch konnotiert ist. Die Gruppe war dafür bekannt, dass sie ein umfangreiches gemeinschaftliches Unterstützungsnetz und religiöse Lehren aufbaute, insbesondere in Ägypten, und dass viele Menschen von ihrem sozialen Hilfssystem profitierten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, würden sich die muslimischen Teilnehmer eher mit der Gruppe solidarisieren.

Drittens erlangte die Gruppe nach der ägyptischen Revolution 2011 und dem anschließenden Sturz der demokratisch gewählten Regierung von Mohammed Morsi an Bedeutung. Auch hier kann es sein, dass die Teilnehmer, obwohl sie sich der politischen Agenda der Muslimbruderschaft bewusst sind, aus einem Gefühl der Ungerechtigkeit heraus Solidarität mit der Gruppe zeigen.

Viertens und letztens könnten sich die Befragten in voller Kenntnis der politischen Agenda der Gruppe solidarisch gezeigt haben, indem sie deren Ideologie absichtlich übernommen haben.

Da diese möglichen Erklärungen sind und es sich bei den Daten um ein Aggregat handelt, konnten wir nicht weiter aufschlüsseln, welcher bestimmte Faktor für die Befragten ausschlaggebend war. Was wir jedoch während der Diskussionen verstanden haben, wenn auch nur teilweise, ist, dass eine beträchtliche Anzahl der Befragten sich auf das allgemeine Verständnis von „Brüderlichkeit“ konzentrierte. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, welche Faktoren die Muslime dazu bewegen, Sympathie für die Gruppe zu zeigen.

Hinsichtlich der Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung sind die Antworten gleichmäßig verteilt, wobei die Verhinderung von Online-Propaganda an erster Stelle steht (31,9 %). Die Überarbeitung der Lehrpläne zur frühzeitigen Erziehung von Kindern und der Aufbau einer integrativen Gesellschaft folgen mit 19,6 % bzw. 18,1 %. Zusammengenommen

zeigen diese Ergebnisse, wo die politischen Prioritäten liegen. Konkrete politische Empfehlungen finden Sie in einem Abschnitt über umsetzbare Empfehlungen.

Fragebogen – Inhalte zum Thema Parallelgesellschaft

Bei der ersten Frage in diesem Abschnitt wurde gefragt, ob die Befragten den Begriff der Parallelgesellschaft kennen. Die Mehrheit der Befragten kannten den Begriff nicht, was einfach auf den technischen Charakter der Frage zurückzuführen sein könnte. Und dies, obwohl wir auf der ersten Seite der Umfrage eine Arbeitsdefinition des Begriffs gegeben haben. Nach den Gruppendiskussionen verstanden die Teilnehmenden jedoch besser, wie Parallelgesellschaften entstehen unter welchen Bedingungen sie zu einem Problem werden.

Auf die Frage, ob die Befragten offen dafür sind, mit Menschen unterschiedlicher religiöser oder ethnischer Herkunft zusammenzukommen, antworteten 97,8 % der Befragten fast einstimmig mit „Ja“. In ähnlicher Weise ist die Mehrheit (86 %) der Meinung, dass Partnerschaften zwischen Personen verschiedener Religionen akzeptabel sind. Etwas anders sieht es jedoch bei der Vereinbarkeit der österreichischen Werte mit jenen der Befragten aus, denn 23,9 % bezeichnen die österreichischen Werte als unvereinbar mit den ihren. Diese beiden Ergebnisse sind bei genauer Betrachtung nicht grundsätzlich widersprüchlich. Der Einzelne kann trotz kultureller Unterschiede mit anderen in Kontakt treten, denn Toleranz bedeutet nicht unbedingt, die Werte anderer zu übernehmen.

In der Frage der Scharia ist die Meinung geteilt. Nur eine knappe Mehrheit (52,9%) ist der Meinung, dass das österreichische Staatsrecht Vorrang vor der Scharia haben soll. Diese Diskrepanz ist signifikant und erfordert weitere Erklärungen und besondere Aufmerksamkeit. Vielleicht ist die Zahl aufgrund des sentimentalnen Wertes der Scharia oder der allgemeinen Natur der Frage überhöht, oder es könnte beides sein. Die Antwort auf die nächste Frage deutet in diese Richtung. Die Mehrheit (60 %) der Befragten wünscht sich eine parallele Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Werte, und 28,5 % von ihnen bevorzugen die Bewahrung der islamischen Identität. Insgesamt sind 88,5 % für eine Entmischung der gesellschaftlichen Werte oder, anders ausgedrückt, für jeden Versuch einer Assimilation.

Wie dem auch sei, jede wirksame Integrationspolitik hängt von einer höheren Akzeptanz der Gesetze des Aufnahmestaates ab, die den öffentlichen Raum regeln. Österreich kann in dieser Hinsicht keine Ausnahme bilden. Gezielte qualitative Forschung könnte erforderlich sein, um unsere Erkenntnisse weiter zu verfeinern.

Aufschlussreich sind auch die Angaben über die beste Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von Parallelgesellschaften. 55,8 % antworteten, dass die beste Maßnahmen die Integration durch Bildung, kulturelle Interaktion, Schaffung von wirtschaftlichen Möglichkeiten usw. sei. Im Gegensatz dazu sprachen sich nur 17,4 % für eine Assimilierung der Einwanderer an die österreichische Identität aus. Hier Sind die Worte Integration und Assimilation entscheidend. Die Assimilationspolitik ist heutzutage weltweit aus der Mode gekommen, abgesehen von einigen kulturellen Erweckungsbewegungen. In ähnlicher Weise sprachen sich die TeilnehmerInnen vehement gegen den Begriff der Assimilationspolitik aus.

5. Umsetzbare Empfehlungen

Nach der Durchführung des Projekts und der Auswertung von Fragebögen und Diskussionen haben wir auf der Grundlage der wichtigsten Erkenntnisse von den Communities und den Expert:innen Empfehlungen entwickelt. Diese gehen auf die ermittelten spezifischen Herausforderungen ein und zielen darauf ab, Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften zu verhindern. Die Bewältigung dieser Probleme erfordert einen ganzheitlichen, langfristigen und koordinierten Ansatz, da sie tief in die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen eingebettet sind. Da sie sich sowohl auf den Einzelnen als auch auf die Gesellschaft auswirken, konzentrieren sich unsere Empfehlungen auf Prävention, Integration und Bildung, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

1. Förderung der sozialen Integration und der Chancengleichheit

- **Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt:** Soziale Benachteiligungen wie Armut und Ungleichheit fördern Radikalisierung und Parallelgesellschaften. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Migrantengemeinschaften Zugang zu hochwertiger Bildung und fairen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten. Es ist entscheidend, sozioökonomische Ungleichheiten durch gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von

Armut und sozialer Ausgrenzung zu verringern. Dies kann durch gezielte Förderprogramme, Jugendausbildung und Initiativen zur Chancengleichheit erreicht werden. Aktive Integration stärkt den sozialen Zusammenhalt und verringert die Isolation, wodurch wichtige Faktoren, die zur Radikalisierung beitragen, erreicht werden.

- **Förderung von sozialen Bindungen und Netzwerken:** Die Förderung sozialer Bindungen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg ist von grundlegender Bedeutung. Interkulturelle Begegnungsräume und gemeinsame Projekte, die den Austausch zwischen verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen fördern, sind unerlässlich. Sie schaffen nicht nur Verständnis, sondern stärken auch das Vertrauen und die gegenseitige Anerkennung. Auf politischer Ebene sollten Initiativen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Integration von Randgruppen und Migrant:innen aktiv unterstützt werden.

2. Zugang zu Informationen

- **Früherziehung und Prävention**

Die Vermittlung von Demokratie, Menschenrechten, Toleranz und Vielfalt ist der Schlüssel zur Förderung einer offenen Gesellschaft. Schulen, Universitäten und Jugendzentren sollten Programme durchführen, die sich mit Extremismus und Radikalisierung befassen und jungen Menschen alternative Perspektiven bieten. Diese Initiativen sollten nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Konfliktlösungsfähigkeiten, Selbstvertrauen und Respekt für andere Meinungen entwickeln.

- **Medienkompetenz und kritisches Denken**

Da sich Extremismus im Internet ausbreitet, ist die Stärkung der Medienkompetenz von entscheidender Bedeutung. Junge Menschen müssen lernen, Quellen zu bewerten, extremistische Propaganda zu erkennen und Fake News zu identifizieren. Schulen und Jugendzentren sollten Programme anbieten, die kritisches Denken und verantwortungsvollen Medienkonsum fördern.

- **Partizipative und integrative Bildung**

Über den traditionellen Unterricht hinaus fördern interaktive Formate wie Workshops und Diskussionen das Engagement. Wenn die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen auszutauschen, wird das Verständnis für Extremismus und Radikalisierung verbessert. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Schüler:innen und Gemeinden fördert die Integration und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

3. Frühzeitige Intervention und Identifizierung von Risikogruppen

- **Identifizierung und Unterstützung von Risikogruppen:** Die frühzeitige Erkennung von Risikopersonen ist entscheidend, um Radikalisierung zu verhindern. Schulen, soziale Einrichtungen und Gemeindezentren müssen Fachkräfte darin schulen, Warnzeichen zu erkennen und wirksam zu reagieren. Rechtzeitige Interventionen, wie Beratung und persönliche Unterstützung, können dazu beitragen, Menschen von extremistischen Einflüssen fernzuhalten und ein positives soziales Engagement zu fördern.
- **Mentoring-Programme und Peer-to-Peer-Initiativen:** Mentorenprogramme tragen dazu bei, Jugendliche davon abzuhalten, sich extremistischen Ideologien anzuschließen, indem sie ihnen vertrauenswürdige Vorbilder aus ihren eigenen Gemeinschaften vermitteln. Diese Mentoren bieten alternative Perspektiven und Beratung. Peer-to-Peer-Ansätze sind ebenfalls wirksam, da junge Menschen offener miteinander kommunizieren und sich gegenseitig dabei unterstützen, positive Lebensentscheidungen zu treffen.
- **Förderung der elterlichen Arbeit und Unterstützung der Familie:** Die Familien spielen eine Schlüsselrolle bei der Radikalisierungsprävention. Programme, die Eltern darin schulen, Warnzeichen zu erkennen und ihre Kinder zu unterstützen, sind unerlässlich. Die Sensibilisierung für die Gefahren des Extremismus und die Einbeziehung der Eltern in die Präventionsbemühungen stärkt ihre Fähigkeit, ihre Kinder wirksam anzuleiten und zu schützen.

4. Förderung des Dialogs und des interkulturellen Austauschs

- **Interkultureller Dialog und Austausch**

Die Förderung des Dialogs zwischen verschiedenen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen hilft, Vorurteile abzubauen und Stereotypen zu überwinden. Initiativen, die unterschiedliche Gemeinschaften zusammenbringen, fördern das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer offenen Gesellschaft. Die Einbindung religiöser und kultureller Führer ist für die Vertrauensbildung und die Förderung der Akzeptanz von entscheidender Bedeutung.

- **Religiöser und kultureller Austausch**

Die Zusammenarbeit zwischen religiösen Gruppen, z. B. muslimischen, christlichen und jüdischen Gemeinschaften, fördert die Toleranz und das Verständnis. Religiöse Führungspersönlichkeiten sollten den Dialog aktiv fördern und eine klare Haltung gegen Extremismus einnehmen. Insbesondere die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses, der sich aus Vertreter:innen von Migrantengemeinschaften und der österreichischen Regierung zusammensetzt, könnte dazu beitragen, die Kluft zu überbrücken.

- **Diskussionsplattformen**

Die Ausweitung von Räumen für offene Gespräche, wie z. B. interkulturelle Festivals, Workshops und Foren, ermöglicht es den Menschen, ihre Sichtweisen auszutauschen und soziale Fragen in einem respektvollen, konstruktiven Umfeld anzusprechen, was den sozialen Zusammenhalt und den gegenseitigen Respekt stärkt.

5. Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Gemeinschaften

- **Stärkung der Initiativen der Zivilgesellschaft**

Lokale Organisationen sind der Schlüssel zur Extremismusprävention, indem sie sichere Räume und Integrationsprogramme anbieten. Eine verstärkte Unterstützung durch den staatlichen und privaten Sektor kann ihre Wirkung erhöhen.

- **Förderung von Gemeinschaftszentren**

Integrative Gemeinschaftszentren fördern soziale Kontakte und persönliches Wachstum. Sie bieten Freizeitaktivitäten, Schulungen und Unterstützungsdiene an und helfen unterschiedlichen Gruppen, miteinander zu interagieren und starke Netzwerke aufzubauen.

6. Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramme

- **Ehemalige Extremisten als Multiplikatoren:** Ehemalige Extremisten, die es geschafft haben, extremistische Bewegungen zu verlassen, können als wichtige Multiplikatoren dienen, insbesondere indem sie ihre Erfahrungen mit jungen Menschen über die Gefahr einer Radikalisierung und die Möglichkeiten, diese abzuwenden, teilen.

7. Schlußfolgerungen und dringende Empfehlungen aufgrund der Projekterfahrungen

- Da sich unser Projekt nur auf drei Bundesländerbeschränkt hat, empfehlen wir diese Seminare österreichweit anzubieten. Zu diesem Zweck ist unsere Organisation bereit, in Zukunft solche Projekte durchzuführen, je nachdem, ob Mittel zur Verfügung stehen.
- Weitere Erfordernisse:
 - Schulungen zum Thema Mobbing für Eltern und Pädagog:innen.
 - Schulungen für Jugendliche und junge Erwachsene als Präventionsmaßnahme, um sie vor Anwerbung zu extremistischen Aktivitäten zu schützen.
 - Fortlaufende Bildung und Betreuung von Komitees zur Vernetzung von Migrant:innen Organisationen, Zivilbevölkerung und lokalen Politiker:innen.
 - Es ist zu empfehlen für die dringend erforderlichen Projekte in den restlichen Bundesländern Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Kurzfassung mit Empfehlungen

Die Afrikanische Frauenorganisation führte vom April 2024 bis Mai 2025 ein Projekt zu Maßnahmen zur Prävention von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften in Wien, in Oberösterreich und in der Steiermark durch das dankenswerter Weise vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz finanzielle unterstützt wurde. In sieben afrikanischen und afro-arabischen Communities wurde jeweils ein Training für Multiplikator:innen durchgeführt, um sie zu schulen ecxtremistische, radikalierte Strömungen und Gefahren in den Communities und die Bildung oder das Vorhandensein von Parallelgesellschaften zu erheben und demgemäß Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, fünf Trainings fanden in Wien, eines in Graz und eines in Linz statt. Gleichzeitig fand eine Fragebogenerhebung zu Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften in den jeweiligen Communities statt, die dann analysiert und ausgewertet wurde. In einer Schlußveranstaltung mit den Communities wurden die Ergebnisse aus der Umfrageerhebung und den Veranstaltungen präsentiert und Empfehlungen aus dem Projekt formuliert.

Empfehlungen aus dem Projekt:

- Das Projekt soll in allen österreichischen Bundesländern durchgeführt werden.
- Schulungen für Jugendliche und junge Erwachsenen sind eine wichtige Präventionsmaßnahme, um sie vor Anwerbung zu extremistischen Aktivitäten zu schützen.
- Die Bildung von Komitees bestehend aus Migrant:innenvertreter:innen, Behörden und der Zivilbevölkerung auf lokaler Ebene sind ein wichtiger Schritt, um Probleme zwischen Migrant:innen, Communities, Zivilbevölkerung und Behörden gemeinsam zu besprechen und Lösungen dafür zu finden.

Evaluation des Projekts:

Maßnahmen zur Prävention von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften

1. Projektüberblick und Zielsetzung

Das Projekt hatte das Ziel, durch Vorträge, Diskussionen und Trainingsmaßnahmen Multiplikator:innen in afrikanischen Communities in Österreich zu stärken. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen auf:

- Prävention von Extremismus
- Vermeidung von Radikalisierung
- Förderung gesellschaftlicher Integration statt Bildung von Parallelgesellschaften

Die Inhalte richteten sich an Schlüsselpersonen (Multiplikator:innen), die in der Lage sind, das vermittelte Wissen in ihre jeweiligen Communities weiterzugeben.

2. Veranstaltungsübersicht

Veranstaltungen und Termine

Insgesamt wurden im Zeitraum von Juli 2024 bis Juni 2025 folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Veranstaltung	Ort	Datum	Teilnehmende
Arabisch-sprachige Community	SARIA Verein, Wien	21.09.2024	25
Französisch-sprachige Community	Afro-Asiatisches Institut Wien	28.09.2024	14
Nigerianische Community	Afro-Asiatisches Institut Wien	05.10.2024	25
Äthiopische Community	Österreichische Frauenförderung	19.10.2025	25
Grazer Migrant:innen-Communities	Afro-Asiatisches Institut Graz	09.11.2024	12
Ghana Community	TU Wien	16.11.2024	30
Linzer Migrant:innen-Communities	Netzwerk Suds Linz	15.12.2024	11
Abschlussveranstaltung	Afro-Asiatisches Institut Wien	07.06.2025	32
Expert:innen-Treffen	Äthiopisches Restaurant Wien	06.07.2024	16

3. Teilnehmer:innenzahlen und Geschlechterverteilung

Gesamtzahlen (ohne Vortragende)

Veranstaltungstyp	Frauen	Männer	Divers	Gesamt
Trainings (7)	100	41	1	142
inkl. Abschluss	120	53	1	174
inkl. Expert:innentreffen	131	58	1	190

- **Frauenanteil:** 68,9 %
- **Männeranteil:** 30,5 %
- **Divers:** 0,5 %

Die hohe Beteiligung von Frauen ist hervorzuheben und ein positiver Aspekt der Projektumsetzung.

4. Inhaltliche und qualitative Aspekte

4.1. Zielgruppenspezifische Ansprache

Die Veranstaltungen wurden differenziert nach Sprachgruppen und Herkunftsländern organisiert. Dies ermöglichte eine hohe Relevanz und Akzeptanz innerhalb der Communities.

- **Sprachgruppen:** Arabisch, Deutsch, Französisch, Englisch (Nigeria/Ghana), Amharisch/Tigrinya (Äthiopien)
- **Regionale Ausrichtung:** Fokus auf Wien, ergänzend Graz und Linz

4.2. Leitung und Vortragende

Leitung: Frau Etenesh HADIS

Die Veranstaltungen wurden durch ein interdisziplinäres Team mit einschlägiger Expertise gestaltet, Vortragende waren:

- **Renate Amesbauer**
- **Etenesh Hadis**
- **Katja Freitag**
- **Abdou Nasser Idrissou**
- **Mag.a Hanna Mohamed**
- **Hiba Mohamed Ali**
- **Dr.in Christa Pölzlbauer**
- **Mag. Alpha Yaya Sylla**

- **Lisanu Tilahun Tesafamariyam**
- **Mag. Moges Zewiddu Teshome**

Dies gewährleistete eine breite Perspektive in der Vermittlung relevanter Inhalte.

4.3 Weitere Projektaktivitäten

Neben den Veranstaltungen wurden ergänzende Maßnahmen durchgeführt, die zur Qualitätssicherung, Wissenssicherung und nachhaltigen Wirkung des Projekts beigetragen haben:

- **Erstellung eines Handbuchs:** Zur Sicherung und Weitergabe der im Projekt besprochenen Inhalte wurde ein praxisorientiertes Handbuch erstellt. Es beschreibt die zentralen Themen des Extremismus, der Radikalisierung und Parallelgesellschaften, gibt Handlungsempfehlungen und dient als Ressource für Multiplikator:innen und Kooperationspartner:innen.
- **Arbeit in den Communities:** Über die Veranstaltungen hinaus wurde aktive Beziehungsarbeit in den Communities geleistet. Dazu zählten persönliche Gespräche, individuelle Beratungen, Besuche bei Community-Einrichtungen sowie der kontinuierliche Austausch mit Schlüsselpersonen. Dies förderte Vertrauen, Akzeptanz und eine tiefere Verankerung der Projektziele in den jeweiligen Gemeinschaften.
- **Erhebung in den afrikanischen Communities zu Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften:** im Vorfeld und während der Trainings sowie nach den Trainings und per Internet war es den Teilnehmenden und anderen Community Mitgliedern möglich den Fragebogen zur Erhebung von Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften auszufüllen. Von den 140 ausgegebenen Fragebögen wurden 139 ausgefüllt. Die Ergebnisse lieferten wichtige Hinweise zur Bedarfsorientierung und für die Interessensschwerpunkte.
- **Webpage:** es wurde eine Projektwebpage die über einen Link von der Webpage der Afrikanischen Frauenorganisation erreichbar ist erstellt. Auf dieser Webpage befinden sich Informationen über das Projekt, das Handbuch, der Report und die Erhebung zu Extremismus, Radikalisierung und Parallelgesellschaften.
- **Evaluierungs-Fragebögen**

5. Stärken des Projekts

Hoher Frauenanteil: Empowerment und aktive Beteiligung

Zielgruppengerechte Ansprache: Sprachlich und kulturell differenziert

Expert:innen geleitete Veranstaltungen: Hohe Fachlichkeit

Communitynähe: Veranstaltungen in vertrauter Umgebung

Interregionale Reichweite: über Wien hinaus (Graz, Linz)

6. Herausforderungen und Verbesserungspotenziale

- **Schwächere Teilnahme in Bundesländern:** Niedrige Beteiligung in Graz und Linz
→ Ausbau lokaler Netzwerke nötig.
- **Nachhaltigkeit:** Es gibt keine Zusicherung der Finanzierung, wodurch Angaben zu Folgeaktivitäten oder dauerhaften Strukturen offen bleiben.

7. Empfehlungen

1. **Aufbau lokaler Kooperationspartner in Bundesländern (z. B. Vereine, Bildungseinrichtungen, regionale Politiker)**
2. **Follow-up und Wirkungsmessung durch Interviews oder Fragebögen**
3. **Weiterqualifizierung von Multiplikator:innen durch Fortbildungszyklen**

8. Fazit

Das Projekt war gut konzipiert und zielgruppenorientiert umgesetzt. Es konnte in zentralen Bereichen der Präventionsarbeit (Extremismus, Radikalisierung, soziale Ausgrenzung) wichtige Impulse setzen. Der starke Frauenanteil, die Community-Verankerung und das differenzierte Format zählen zu den größten Erfolgsfaktoren.

Zur langfristigen Wirkung bedarf es jedoch regionaler Verstärkung in den Bundesländern und struktureller Verankerung.

Gesamtergebnis:

**Einbindung unterschiedlicher ethnischer Personengruppen
Hoher gesellschaftlicher Mehrwert
Vernetzung der Communities
Ausbaufähig in Nachhaltigkeit und Monitoring**